

## Kandidatur BundessprecherInnenrat Lucy Redler



Lucy Redler, 29 Jahre

Ich bin aktiv in Linksjugend[*solid*] Berlin (BG Neukölln-Nord), dem BAK Bildung und AG Bildungsstreik. Ich bin im Bündnis dabei, das die Demos gegen die Krise am 28.3. organisiert. Aufgrund meiner Kritik an der Regierungsbeteiligung in Berlin und Mitgliedschaft in der SAV, für deren Zeitung ich auch arbeite, haben Vertreter der LINKE-Führung um Klaus Ernst Widerspruch gegen meine Aufnahme in DIE LINKE eingelegt.

Die kapitalistische Krise verändert die Rahmenbedingungen für unsere Arbeit: Wir haben die Chance, in diesem Jahr einen richtigen Durchbruch bei der Aktivität des Verbands, der Gewinnung neuer Mitglieder und unserem Profil in den kommenden Bewegungen und Wahlkämpfen zu machen.

### **Socialism reloaded**

Dafür ist es nötig, dass wir uns als radikaler sozialistischer Jugendverband aufstellen. Es wird dabei nicht ausreichen, Flugis zu verteilen, in denen wir uns einfach für Sozialismus aussprechen. Um Jugendliche zu erreichen, die sich nicht seit Jahren in linken Organisationen bewegen, müssen wir ein Programm entwickeln, das die Brücke schlägt von den jetzigen Kämpfen (Bildungsstreik, Demos gegen die Krise etc) zur Abschaffung des Kapitalismus und unserem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft.

Ich habe gemeinsam mit anderen im Antrag „Remidemmi 09 gegen kapitalistische Krise: Socialism reloaded“ Vorschläge für politische Forderungen entwickelt. Wir sollten uns zum Beispiel offensiv in die Debatte um Verstaatlichungen einbringen und die Eigentumsfrage aus unserer Sicht stellen: Wir sind gegen Verstaatlichungen zur Sozialisierung der Verluste, aber für sozialistische Verstaatlichungen und Enteignungen, die den Kapitalismus insgesamt in Frage stellen.

Wenn Tausende von Menschen beginnen, dieses System in Frage zu stellen, müssen wir auch konkreter werden, was wir eigentlich unter Sozialismus verstehen und wie wir dahin kommen.

Gerade im Jubiläumsjahr, 20 Jahre nach dem Fall der Mauer, werden die Bürgerlichen den Menschen verklickern wollen, dass es keine Alternative zu Marktwirtschaft und Kapitalismus gäbe. Dem müssen wir uns entgegenstellen: Statt kapitalistischem Chaos und Stalinismus kämpfen wir für eine demokratisch geplante Wirtschaft.

### **Kämpfen wie in Frankreich**

Unmittelbar geht es darum, wie der Widerstand gegen die Krise aufgebaut werden kann und welche Rolle wir dabei spielen. Ein Highlight für uns wird der Bildungsstreik werden. Ich arbeite an der Bildungsstreikzeitung des Jugendverbands mit und möchte mich für diese Kampagne verantwortlich und aktiv im BSPR engagieren. Wichtig ist mir dabei, dass wir den Widerstand von SchülerInnen und Studierenden mit Streiks der Beschäftigten zusammen bringen.

Auch die LehrerInnen und das Personal an Schulen und Unis leiden unter den heutigen Zuständen. Beispiele aus Kassel und Stuttgart aus den letzten Jahren zeigen, wie ein gemeinsamer Kampf erfolgreich organisiert werden kann.

Um aber wirklich zu verhindern, dass Jugendliche, Beschäftigte und Erwerbslose für die Krise und milliardenschwere Bankenrettungspakete blechen sollen, ist mehr nötig. Die Demos am 28. März, 16. Mai und der Bildungsstreik am 17. Juni können nur der Auftakt sein für den Aufbau einer kämpferischen Bewegung von Hunderttausenden.

In Frankreich streikten im Januar zwei Millionen Menschen. Wir sollten vom DGB einfordern, endlich auch in Deutschland Generalstreiks wie in Frankreich und Italien zu organisieren. Wenn Hunderttausende in den Streik treten, wird für alle sichtbar, wer in dieser Gesellschaft die Werte produziert und die Macht besitzt, Veränderungen durchzusetzen.

### **Für einen unabhängigen Jugendverband**

Ich setze mich dafür ein, dass Linksjugend[*solid*] mit eigenen Forderungen und Schwerpunkten zur Wahl der LINKEN aufruft. Eine starke LINKE im Parlament kann den außerparlamentarischen Widerstand stärken. Das passiert bisher jedoch noch viel zu wenig.

Derzeit findet ein widersprüchlicher Prozess statt: Einerseits sind die Chancen für DIE LINKE angesichts der Krise enorm. Andererseits verzichtet die LINKE-Spitze auf antikapitalistische Forderungen, schwächt zentrale Forderungen ab (statt Abschaffung von Hartz IV nur noch Regelsatzerhöhung auf 435 Euro) und führt eine Ausgrenzungskampagne gegen marxistische KritikerInnen. Der Grund für all das ist das Ziel, weitere Regierungen mit der SPD auf Landes- oder gar Bundesebene zu bilden. Das würde jedoch gerade in der Krise- dazu führen, dass das Berliner Beispiel von Rot-Rot Schule macht und DIE LINKE nicht mit Widerstand gegen die bestehenden Verhältnisse sondern mit Verantwortung für Sozialkürzungen in Verbindung gebracht wird.

Zu diesen Fragen muss der Jugendverband Position beziehen, Kritik an der LINKEN-Führung offen äußern und damit deutlich machen, dass Linksjugend [*solid*] ein unabhängiger, nicht stromlinienförmiger Jugendverband ist.